

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

## Institut für Konjunkturforschung

# WOCHEN BERICHT

34. Jahrgang

Berlin, den 1. Dezember 1967

Nummer 48

### Zur Abwertung des britischen Pfund Sterling Auswirkungen auf die Wirtschaft Großbritanniens

Die britische Regierung hat nun den Kampf um die Aufrechterhaltung des Pfundkurses als aussichtslos aufgegeben und das Pfund abgewertet. Sie hat sich zu diesem Schritt nicht allein aus der späten Einsicht heraus bereitgefunden, daß die alte Wechselkursparität einer dauerhaften Lösung der britischen Wirtschaftsprobleme entgegenstand, sondern mehr noch unter dem Druck der Partnerländer im Zehner-Club.

Die britische Zahlungsbilanzlage hatte sich in letzter Zeit erneut verschärft. Selbst eine vorsichtige „Reflationierung“, zu der sich die Regierung in diesem Jahr bekannte, stieß bald an außenwirtschaftliche Grenzen — und diese waren beim alten Pfundkurs sehr eng gezogen. Während die britischen Warenimporte infolge der Aufhebung des Importsonderzolls Ende vergangenen Jahres und der leichten Konjunkturbelebung in diesem Jahr über dem Vorjahrsniveau lagen, zeigten die Warenexporte im gleichen Zeitraum einen rückläufigen Trend. Zwar haben die internationale Konjunktur, die Nahost-Krise und Streiks den britischen Export in diesem Jahr beeinträchtigt, doch ist Großbritannien durch die internationalen Einflüsse stärker zurückgeworfen worden als andere Länder.

Dies wurde allgemein als ein weiteres Zeichen der schlechten internationalen Wettbewerbsposition der britischen Wirtschaft gewertet. Erstmals in der Nachkriegszeit war es Großbritannien nicht mehr gelungen, durch Unterbeschäftigung des Produktionspotentials — insbesondere des Faktors Arbeit — die außenwirtschaftliche Lage zu verbessern.

Blieben Großbritannien bis zur Jahresmitte noch stärkere Devisenabflüsse erspart, so gelang ein Ausgleich des wieder gestiegenen Leistungsbilanzdefizits durch Geld- und Kapitalzuflüsse danach nicht mehr. Da sich die ausländischen Notenbanken angesichts der ungünstigen britischen Wirtschaftsentwicklung nicht mehr dazu bereitfanden, zur Stützung des Pfundkurses erneut ausreichende Kredithilfe zu gewähren, blieb der britischen Regierung neben der von ihr zu Recht verworfenen Einführung einer Devisenbewirtschaftung kein anderer

Ausweg als der folgenschwere Schritt einer Abwertung. Der nun verlorene Kampf um die Aufrechterhaltung eines unrealistischen Pfundkurses hatte die britische Regierung lange Jahre gezwungen, eine erfolglose stop-and-go-policy zu betreiben und damit auf mögliches Sozialproduktwachstum zu verzichten.

Eine Antwort auf die Frage nach der voraussichtlichen Wirkung der Pfundabwertung verlangt zunächst ein Urteil darüber, ob sie die in ausländischer Währung gerechnete Stückkostenbelastung der britischen Wirtschaft auf ein Niveau gesenkt hat, das dem Durchschnitt der konkurrierenden Industrieländer entspricht. Untersuchungen über die Stückkostenbelastung in verschiedenen Volkswirtschaften<sup>1</sup> haben gezeigt, daß die britische Wirtschaft beim alten Pfundkurs einer erheblich höheren Belastung ausgesetzt war als konkurrierende Länder. Im Vergleich zur Bundesrepublik wurde für das Jahr 1963 eine Mehrbelastung in der Größenordnung von reichlich 20 vH errechnet. In den Jahren danach dürfte sich diese Spanne kaum geändert haben.

Dieses Untersuchungsergebnis spricht mithin dafür, daß die durchschnittliche Stückkostenbelastung der britischen Wirtschaft auch nach der Abwertung noch über dem internationalen Durchschnitt liegt. Die exportorientierten Industriezweige dürften allerdings in der Vergangenheit — als Folge des internationalen Wettbewerbs — zu stärkeren Rationalisierungsmaßnahmen gezwungen worden sein, so daß deren Stückkostenbelastung unter dem Durchschnitt der britischen Volkswirtschaft liegt. Auch wenn die Pfundabwertung die durchschnittliche Stückkostenbelastung der Wirtschaft nicht auf das internationale Niveau gesenkt hat, dürfte doch ein Teil der Industrie durch diese Maßnahme international wieder wettbewerbsfähig geworden sein.

<sup>1</sup> Vgl. dazu Manfred Teschner: „Betrachtung zur Konkurrenzposition führender Industrieländer der westlichen Welt“, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2/1966, S. 200 ff. Ders.: „Angebotselastizität und Konkurrenzposition der britischen Wirtschaft“, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3/1965, S. 346 ff.

**Verwendung des britischen Bruttosozialprodukts**  
in Mill. £ zu laufenden Preisen

	Brutto- sozial- produkt	Güterverwendung						Import von Gütern und Dien- sten	Leistungs- bilanzsaldo <sup>3)</sup>
		Ins- gesamt	Privater Ver- brauch	Öffentl. Ver- brauch	Brutto- anlage- investi- tionen	Lager- investi- tionen	Export von Gütern und Dien- sten		
1964 . . . . .	32 771	39 514	21 492	5 399	5 856	649	6 118	6 743	- 625
1965 . . . . .	35 124	42 002	22 851	5 883	6 319	416	6 533	6 878	- 345
1966 . . . . .	37 165	44 290	24 116	6 391	6 635	209	6 939	7 125	- 186
1967 . . . . .	38 645	46 276	25 032	6 889	6 960	220	7 175	7 631	- 456
Voraussichtliche Entwicklung . . . . . 1968 . . . . .									
A. vor der Abwertung . . . . .	40 887	48 976	26 359	7 440	7 343	300	7 534	8 089	- 555
B. nach der Abwertung									
a) bei schwächerer Restriktionspolitik <sup>1)</sup> und einer Preiselastizität									
1) der Exportnachfrage . . . . . von - 0,8 ) der Importnachfrage . . . . . von - 0,5 )	41 187	49 650	26 409	7 337	7 343	310	8 251	8 463	- 212
2) der Exportnachfrage . . . . . von - 1,5 ) der Importnachfrage . . . . . von - 0,5 )	41 547	50 086	26 409	7 337	7 343	330	8 667	8 539	+ 128
b) bei stärkerer Restriktionspolitik <sup>2)</sup> und einer Preiselastizität									
1) der Exportnachfrage . . . . . von - 0,8 ) der Importnachfrage . . . . . von - 0,5 )	39 479	47 430	25 032	6 923	7 169	55	8 251	7 951	+ 300
2) der Exportnachfrage . . . . . von - 1,5 ) der Importnachfrage . . . . . von - 0,5 )	40 701	49 068	25 783	7 130	7 308	180	8 667	8 367	+ 300

<sup>1)</sup> Wie sie jetzt betrieben wird. — <sup>2)</sup> Wie sie erforderlich wäre, um einen Leistungsbilanzüberschuß von 300 Mill. £ im Jahre 1968 zu erzielen. —  
<sup>3)</sup> Ohne Kapitalerträge und Transferzahlungen.

Durch die Pfundabwertung um 14,3 vH wird die Wettbewerbsposition der britischen Wirtschaft allerdings nicht in gleichem Ausmaß gestärkt. Einmal fallen in Zukunft Exportsubventionen in Höhe von durchschnittlich 2 vH der Exportwerte fort. Zudem erhöht die Abwertung den Pfundwert britischer Importe und steigert damit die Kosten. Selbst wenn die britischen Produzenten Importwaren zum Teil durch heimische Waren substituieren, steigen die Kosten, da diese Güter vor der Abwertung teurer waren als die konkurrierenden Auslandsgüter. Die Verlagerung der Nachfrage nach Produkten solcher Länder, die ebenfalls abgewertet haben, mildert dagegen die Kostensteigerung. Starke kompensierende Effekte sind hiervon indes nicht zu erhoffen. Der Anteil der Importe aus diesen Ländern am britischen Gesamtimport betrug bisher nur reichlich 15 vH; überdies handelt es sich bei diesen Ländern vor allem um Anbieter von Nahrungsmitteln. Eine Input-Output-Tabelle für das Jahr 1963 läßt erkennen, daß der Input an importierten Roh- und Halbwaren bei den exportorientierten Wirtschaftszweigen durchschnittlich 13 vH beträgt. Unter der Annahme, daß sich dieser Importanteil in der Zwischenzeit nicht wesentlich verändert hat und weder eine stärkere Substitution von Importgütern durch heimische Produkte, noch eine stärkere Umschichtung der Regionalstruktur der Importe zugunsten der Länder stattfindet, die ebenfalls abgewertet haben, ist eine Kostenerhöhung von reichlich 1,5 vH als direkte Folge der Wechselkursänderung zu errechnen.

Eine weitere — mittelbar — kostensteigernde Wirkung der Abwertung könnte davon ausgehen, daß die Verteuerung der Lebenshaltung Lohnsatzsteigerungen nach sich zieht, die ohne sie nicht zustande kommen würden. Aus der Input-Output-Matrix für 1963 geht hervor, daß rund 8 vH der dem privaten Verbrauch zugeführten Güter als Endprodukte importiert wurden; der Anteil der Importe von Roh- und Halbwaren an der Produktion heimischer Konsumgüter betrug ebenfalls etwa

8 vH. Darüber hinaus ist anzunehmen, daß die Preise britischer Agrarprodukte den Preisen der importierten Güter angepaßt werden. Bei unveränderter Importquote und Regionalstruktur der Importe würde sich deshalb durch die Abwertung eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um rund 3 vH ergeben, sofern die gestiegenen Importkosten voll den Konsumgüterpreisen zugeschlagen werden. Allerdings würde dies nur dann zu einer Erhöhung der Produktionskosten führen, wenn es den britischen Gewerkschaften trotz ihrer zur Zeit schwachen Marktstellung und der gegenwärtig betriebenen Restriktionspolitik gelingen sollte, Lohnsatz-erhöhungen durchzusetzen, die über den Arbeitsproduktivitätsfortschritt hinausgingen. In diesem Fall wäre mit einer weiteren Stückkostensteigerung um rund 3 vH als mittelbare Folge der Abwertung zu rechnen. Die Pfundkursherabsetzung um 14,3 vH würde dann die britische Wettbewerbsposition nur noch um rund 8 vH verbessern. Da zu erwarten ist, daß sich die Regionalstruktur der britischen Importe leicht zugunsten der Länder verschiebt, die — wie vor allen Dänemark und Neuseeland — ebenfalls abgewertet haben, ist dieser Nettoeffekt allerdings etwas höher zu veranschlagen.

Die Außenhandelsprognose — bei einem Netto-Abwertungseffekt von 8 bis 9 vH — wird dadurch erleichtert, daß der britische Import von Industriewaren in den Jahren 1965 und 1966 durch einen Importsonderzoll von 15 vH, also etwa im gleichen Ausmaß wie jetzt durch die Abwertung, erschwert worden war. Zwischen Jahresende 1964 und Jahresende 1966 nahmen die Importe von Industriewaren um 3,3 vH zu, wobei die Importe der SITC Gruppen 5 und 6 (vor allem industrielle Halbwaren) um 2,0 vH fielen, während die Importe der SITC Gruppen 7 und 8 (in erster Linie industrielle Fertigprodukte) noch um 12,4 vH stiegen. Das Bruttosozialprodukt wuchs im gleichen Zeitraum um nominal 9,3 vH. Vor Einführung des Importsonderzolls nahm die Industriewareneinfuhr im Trend etwa anderthalbmal so stark zu wie das

**Verwendung des britischen Bruttosozialprodukts**  
in Mill. £ zu Preisen von 1958

	Brutto- sozial- produkt	Güterverwendung					Import von Gütern und Dien- sten	
		Ins- gesamt	Privater Ver- brauch	Öffentl. Ver- brauch	Brutto- anlage- investi- tionen	Lager- investi- tionen		Export von Gütern und Dien- sten
1964 . . . . .	28 758	35 049	19 078	4 229	5 363	590	5 789	6 291
1965 . . . . .	29 402	35 773	19 410	4 362	5 571	365	6 065	6 371
1966 . . . . .	29 869	36 358	19 723	4 512	5 634	200	6 289	6 489
1967 . . . . .	30 149	37 001	19 983	4 704	5 768	167	6 379	6 852
Voraussichtliche Entwicklung . . . . . 1968 . . . . .								
A. vor der Abwertung . . . . .	30 757	37 883	20 943	4 869	5 883	250	6 538	7 126
B. nach der Abwertung								
a) bei schwächerer Restriktionspolitik <sup>1)</sup> und einer Preiselastizität								
1) der Exportnachfrage . . . . . von - 0,8 } der Importnachfrage . . . . . von - 0,5 }	31 122	37 867	20 083	4 751	5 797	280	6 956	6 745
2) der Exportnachfrage . . . . . von - 1,5 } der Importnachfrage . . . . . von - 0,5 }	31 445	38 254	20 083	4 751	5 797	300	7 323	6 809
b) bei stärkerer Restriktionspolitik <sup>2)</sup> und einer Preiselastizität								
1) der Exportnachfrage . . . . . von - 0,8 } der Importnachfrage . . . . . von - 0,5 }	29 829	36 112	18 984	4 469	5 653	50	6 956	6 283
2) der Exportnachfrage . . . . . von - 1,5 } der Importnachfrage . . . . . von - 0,5 }	30 791	37 444	19 583	4 610	5 768	160	7 323	6 653

<sup>1)</sup> Wie sie jetzt betrieben wird. — <sup>2)</sup> Wie sie erforderlich wäre, um einen Leistungsbilanzüberschuß von 300 Mill. £ im Jahre 1968 zu erzielen.

Sozialprodukt. Zweifellos ist diese kräftige Anteilserhöhung der Industriewareneinfuhr weitgehend der schwachen britischen Wettbewerbsposition zuzuschreiben. Aber auch ohne diesen Rückstand hätte sich der Anteil dieser Einfuhr allein infolge zunehmender internationaler Spezialisierung erhöht.

Geht man davon aus, daß ohne Wettbewerbsgefälle die Industriewarenimporte zwischen Ende 1964 und Ende 1966 um etwa 11 bis 12 vH gestiegen wären, so läßt sich aus der Differenz zwischen hypothetischem und tatsächlichen Zuwachs eine Vorstellung von der Preiselastizität der Importnachfrage nach Industriegütern ableiten. Die Einführung des Importsonderzolls von 15 vH hatte demnach eine Minderung des — hypothetischen — Importwachstums um rund 8 Prozentpunkte zur Folge, was auf eine Preiselastizität der Importnachfrage von rund 0,5 vH schließen läßt.

Diese geringe Preiselastizität setzt zunächst in Erstaunen; doch ist sie nur Ausdruck dafür, daß offenbar die Erzeugnisse der ausländischen Anbieter im Durchschnitt mit erheblich geringeren Stückkosten belastet waren. Sie konnten deshalb ihre Exportwaren so preisgünstig anbieten, daß diese auch nach der Importerschwerung durch den Sonderzoll noch Absatz fanden.

Für die Beurteilung der Preiselastizität der Importnachfrage nach Rohstoffen und Nahrungsmitteln fehlen vergleichbare Erfahrungen; doch ist auch hier mit einer relativ geringen Elastizität zu rechnen. Bei einer Preiselastizität zwischen 1 und 0 hätte Großbritannien künftig trotz verminderter Mengeneinfuhr zwar mehr Pfund-, jedoch weniger Devisenbeträge aufzuwenden als vor der Abwertung.

Noch schwieriger zu beantworten ist die Frage nach der Preiselastizität der Auslandsnachfrage für britische Exportwaren. Ginge man davon aus, daß die Exportgüterindustrie durch die Abwertung nicht stärker wettbewerbsfähig würde als die übrigen

Bereiche, so könnten die Erfahrungen, die mit dem Importsonderzoll gemacht wurden, auch für die Berechnung dieser Elastizität als repräsentativ angesehen werden. Es wäre dann mit einem Wert der Preiselastizität der Exportnachfrage von ebenfalls weniger als 1 zu rechnen.

Gegen eine solche Hypothese lassen sich jedoch Einwände vorbringen. Die britische Exportgüterindustrie scheint eine bessere Konkurrenzposition aufzuweisen als die überwiegend für den heimischen Markt produzierenden Zweige. Es ist mithin nicht ausgeschlossen, daß sie durch den errechneten Nettoeffekt der Abwertung von 8 bis 9 vH in die Lage versetzt wird, im Ausland relativ preisgünstig anzubieten und zusätzliche Nachfrage auf sich zu lenken, die mit einer Preiselastizität von etwas über 1 reagiert.

Da aber auch ein preisgünstiges Warenangebot ohne verstärkte Exportbemühungen nicht den gewünschten Erfolg erzielen dürfte, ist anzunehmen, daß die Exportnachfrage nur allmählich zunimmt. Dabei kann die Elastizität zunächst durchaus kleiner als 1 sein. In diesem Fall würde zwar sowohl die Ausfuhrmenge als auch der in britischer Währung ausgedrückte Ausfuhrwert als Folge der Abwertung steigen, der Devisenerlös der Ausfuhr jedoch sinken. Mit dem voraussichtlichen Rückgang des Devisenaufwands für Importgüter ginge dann eine Abnahme der Devisenerlöse für Exportgüter einher.

Da jedoch anzunehmen ist, daß die Preiselastizität der Exportnachfrage (in der Tabelle wurde eine Größe von 0,8 unterstellt) auch in diesem ungünstigen Fall größer ist als die Preiselastizität der Importnachfrage, dürften die Devisenerlöse für Exporte schwächer zurückgehen als der Devisenaufwand für Importe, das Leistungsbilanzdefizit also vermindert werden (siehe Zeile Ba 1 in den Tabellen). Die Abwertung hätte somit selbst bei diesen geringen Preiselastizitäten einen gewissen Erfolg; denn ohne sie wäre mit einem weiter steigenden

Leistungsbilanzdefizit zu rechnen gewesen (siehe Zeile A). Bei einer Preiselastizität der Exportnachfrage von 1,5 könnte dagegen das Leistungsbilanzdefizit im nächsten Jahr beseitigt, ja sogar ein Überschuß von rund 130 Mill. £ erzielt werden (Zeile Ba 2).

Die britische Regierung strebt jedoch einen höheren Leistungsbilanzüberschuß an. Als entwickeltes Industrieland beteiligt sich Großbritannien an der Kapitalhilfe für Entwicklungsländer; diese erfordert auf längere Sicht einen Überschuß im Realtransfer. Zudem ist Großbritannien zu Schuldentrückzahlungen verpflichtet, die ebenfalls durch Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaftet werden müssen. Als Zielgröße gilt ein Überschuß von rund 300 Mill. £. Aus den Tabellen ist zu ersehen, daß dieser Überschuß nur zu erreichen ist, wenn die Inlandsnachfrage stärker zurückgestaut wird, als es die nun eingeleitete Restriktionspolitik erwarten läßt. Schon diese Politik dürfte das Wachstum der Inlandsnachfrage 1968 annähernd zum Stillstand bringen. Das reale Bruttosozialprodukt wird also fast ausschließlich infolge steigender Auslandsnachfrage zunehmen, und zwar bei einer Preiselastizität dieser Nachfrage von 0,8 um rund 3 vH, bei einer Elastizität von 1,5 um rund 4 vH. Eine solche Zunahme ist aufgrund des gegenwärtig ungenutzten Produktionspotentials ohne zusätzliche Investitionen möglich.

Wenn durch Eindämmung der Importe der erwünschte Leistungsbilanzüberschuß schon 1968 erzielt werden soll, müßte allerdings die Inlandsnachfrage trotz ungenutzter Kapazitäten um rund 2 vH und bei niedriger Preiselastizität sogar um rund 5 vH eingeschränkt werden (siehe die Zeilen Bb 1 und 2). Obwohl eine derartige Restriktion im Gegensatz zur bisherigen stop-and-go-policy nur für eine relativ kurze Übergangsphase notwendig wäre, ist es unwahrscheinlich, daß sie — in diesem Ausmaß — durchgesetzt werden kann.

Wird dagegen eine Restriktionspolitik betrieben, die reale Einbußen der heimischen Güterverwen-

dung vermeidet, so muß sie längere Zeit durchgehalten werden; der erwünschte Leistungsbilanzüberschuß würde sich dann erst später einstellen. Ist der Export soweit vorangeeilt, daß sich die Zahlungsbilanzlage konsolidiert hat, kann die Restriktion beendet und ein Prozeß anhaltenden Wachstums aller Verwendungsbereiche des Sozialprodukts eingeleitet werden. Da sich die internationale Konjunktur wieder belebt und eine verstärkte Expansion des Welthandels nicht ausbleiben wird, sind die Chancen der Politik verhaltener Restriktion gegenwärtig günstig.

Die britische Regierung steht jetzt vor der Aufgabe, die Sozialpartner davon zu überzeugen, daß mit den ergriffenen Restriktionsmaßnahmen nicht die stop-and-go-policy fortgesetzt wird, sondern daß sie die Bedingungen für einen dauernden, von Zahlungsbilanzstörungen freien Expansionsprozeß schaffen sollen. Nur wenn die Sozialpartner durch ihr Verhalten diese Politik unterstützen, hat sie Erfolgsaussichten. Der Spielraum, der durch die Pfundkursänderung entstanden ist, könnte andernfalls rasch wieder verloren gehen.

Die britische Regierung war bei der Wahl des Abwertungssatzes nicht frei. Eine stärkere Abwertung, die einen größeren Spielraum geschaffen und damit ihre Erfolgchancen erhöht hätte, wäre vom Ausland kaum toleriert worden — sei es, daß andere Länder ebenfalls abgewertet hätten, die beim jetzigen Abwertungssatz der Pfundkursänderung nicht gefolgt sind, sei es, daß die Gewährung weiterer Stützungskredite verweigert worden wäre. Großbritannien ist auf diese Kredite aber nach wie vor angewiesen, weil das Pfund auch nach der Kursänderung noch eine Reservefunktion ausübt. Indem jedoch die britische Regierung davon absah, die Ausländer zu entschädigen, die nicht kursgesicherte Pfundguthaben unterhalten und nun einen Vermögensverlust erlitten haben, gab sie zu erkennen, daß sie in dieser Funktion eher eine Last sieht. Sie zog eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen der britischen Gold- und Devisenreserve,

**Verwendung des britischen Bruttosozialprodukts**

Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in vH

	Bruttosozialprodukt		Güterverwendung										Import von Gütern und Diensten	
			Insgesamt		Privater Verbrauch		Öffentlicher Verbrauch		Bruttoanlageinvestitionen		Export von Gütern und Diensten			
	nom.	real	nom.	real	nom.	real	nom.	real	nom.	real	nom.	real	nom.	real
1964 . . . . .	8,5	5,9	9,2	6,5	6,7	3,8	6,2	1,8	19,4	17,1	5,0	3,7	13,1	9,4
1965 . . . . .	7,2	2,2	6,3	2,1	6,3	1,7	9,0	3,1	7,9	3,9	6,8	4,8	2,0	1,3
1966 . . . . .	5,8	1,6	5,4	1,6	5,5	1,6	8,6	3,4	5,0	1,1	6,2	3,7	3,6	1,9
1967 . . . . .	4,0	0,9	4,5	1,8	3,8	1,3	7,8	4,3	4,9	2,4	3,4	1,4	7,1	5,6
Voraussichtliche Entwicklung . . . 1968 . . . . .														
A. vor der Abwertung . . . . .	5,8	2,0	5,8	2,4	5,3	1,8	8,0	3,5	5,5	2,0	5,0	2,5	6,0	4,0
B. nach der Abwertung														
a) bei schwächerer Restriktionspolitik <sup>1)</sup> und einer Preiselastizität														
1) der Exportnachfrage . . von - 0,8 \ der Importnachfrage . . von - 0,5 /	6,6	3,2	7,3	2,3	5,5	0,5	6,5	1,0	5,5	0,5	15,0	9,0	10,9	-1,6
2) der Exportnachfrage . . von - 1,5 \ der Importnachfrage . . von - 0,5 /	7,5	4,3	8,2	3,4	5,5	0,5	6,5	1,0	5,5	0,5	20,8	14,8	11,9	-0,6
b) bei stärkerer Restriktionspolitik <sup>2)</sup> und einer Preiselastizität														
1) der Exportnachfrage . . von - 0,8 \ der Importnachfrage . . von - 0,5 /	2,2	-1,1	2,5	-2,4	+ 0	-5,0	0,5	-5,0	3,0	-2,0	15,0	9,0	4,2	-8,3
2) der Exportnachfrage . . von - 1,5 \ der Importnachfrage . . von - 0,5 /	5,3	2,1	6,0	1,2	3,0	-2,0	3,5	-2,0	5,0	± 0	20,8	14,8	9,6	-2,9

<sup>1)</sup> Wie sie jetzt betrieben wird. — <sup>2)</sup> Wie sie erforderlich wäre, um einen Leistungsbilanzüberschuß von 300 Mill. £ im Jahre 1968 zu erzielen.

deren Pfundwert durch die Abwertung erhöht wurde, und den kurzfristigen Sterlingverpflichtungen einer Pflege des Vertrauens in das Pfund als Reservewährung vor. Durch Aufwertung der ausländischen Pfundguthaben hätte die britische Re-

gierung einen Geldvermögensverlust des Auslandes unschwer verhindern können, ohne die — allerdings nach wie vor unzureichende — Deckung dieser Guthaben durch Gold und Devisen noch weiter zu verringern.

### Auswirkungen auf den Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland

Mit der Änderung des Pfundkurses ist nicht nur für die Wirtschaftsentwicklung Großbritanniens und der übrigen Länder, die mit der Abwertung ihrer Währungen gefolgt sind, ein neues Datum gesetzt worden. Die Auswirkungen dieser Maßnahme werden über die Ein- und Ausfuhrströme unmittelbar und mittelbar auch auf dritte Länder ausstrahlen und eine Verschärfung der Konkurrenz im internationalen Handel bewirken.

Die Exporte der Bundesrepublik werden nicht nur in den Abwertungsländern auf einen härteren Wettbewerb treffen, sondern auch in dritten Ländern mit dem verbilligten Angebot vor allem Großbritanniens konfrontiert werden. Denn Großbritannien ist nächst den USA und der Bundesrepublik der drittgrößte Exporteur auf dem Weltmarkt und weist — bei zwar abweichenden regionalen Schwerpunkten im Export — eine ähnliche Exportgüterstruktur auf wie die Bundesrepublik. Großbritanniens Welthandelsanteil bei Industriewaren ist in den vergangenen Jahren zwar stark zurückgegangen; er beträgt gegenwärtig aber — gemessen an der Industriewarenausfuhr aller westlichen Industrieländer — immer noch rund 12 vH, verglichen mit einem Anteil von 19 vH der Bundesrepublik.

Die Verschlechterung der Außenhandelsposition Großbritanniens hing teilweise damit zusammen, daß es — traditionell bedingt — einen großen Teil seiner Ausfuhren in den überseeischen Rohstoff-

ländern der Sterlingzone absetzt, wo sich der britischen Industrie wegen des geringen Wirtschaftswachstums nur begrenzte Absatzchancen bieten. Doch war eine gewisse Umorientierung der britischen Ausfuhr auf die rasch expandierenden Industrieländer in Westeuropa und Übersee in den letzten Jahren unverkennbar, wobei vor allem die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik als ohnehin größte Abnehmer britischer Erzeugnisse wachsende Bedeutung erlangten. Ebenso unverkennbar wurden die Absatzchancen der britischen Exportindustrie aber auch durch ihr relativ hohes und weiter steigendes Kosten- und Preisniveau beeinträchtigt. Durch die Pfundabwertung ist die Wettbewerbsfähigkeit der britischen Exportindustrie nun erheblich verbessert worden. Wenn auch anzunehmen ist, daß der durchschnittliche Konkurrenzrückstand der britischen Wirtschaft mit der Abwertung noch nicht voll beseitigt worden ist, so wird sich doch für ausländische Anbieter der Wettbewerb auf dem britischen Markt verschärfen, zumal die mit der Abwertung verstärkte Restriktionspolitik der britischen Regierung tendenziell importmindernd wirkt.

Bei Schätzung der Auswirkungen auf den deutschen Außenhandel ist zunächst zu berücksichtigen, daß Großbritannien allein — gemessen an seiner Bedeutung als Welthandelsnation — sowohl in der Einfuhr als auch in der Ausfuhr der Bundesrepublik bislang immer noch eine verhältnismäßig untergeordnete Stellung einnimmt. In der Rangordnung der Handelspartner der Bundesrepublik folgt es nach den EWG-Ländern und den Vereinigten Staaten, auf die zusammen knapp die Hälfte des deutschen Außenhandelsvolumens entfällt, mit einem Anteil von 4 vH erst auf dem 6. Platz. Die übrigen Abwertungsländer haben zusammen genommen einen Anteil von rund 6 vH an der deutschen Ausfuhr und 5 vH an der Einfuhr. Für einzelne Branchen der deutschen Industrie spielt die Ausfuhr nach den Abwertungsländern indes eine bedeutendere Rolle. Industriezweige wie der Maschinenbau und die Chemische Industrie haben überdurchschnittlich hohe Ausfuhren in diese Länder und werden — legt man allein die regionale Exportstruktur zugrunde — von den unmittelbaren Wirkungen der Abwertung besonders stark betroffen. Neben den veränderten Wettbewerbsbedingungen, denen nun die deutsche Exportwirtschaft auf den Märkten der Abwertungsländer gegenübersteht, wird sich auch der verstärkte Exportdruck der britischen Industrie auf den Märkten dritter Länder hemmend auf die deutschen Absatzchancen auswirken. Allerdings kann davon ausgegangen werden, daß die deutschen Exporteure bei einer weiterhin günstigen Entwicklung der Lohnstückkosten in der Bundesrepublik der Verteuerung ihrer Erzeugnisse mit Preiszugeständnissen begegnen werden — zumal auch anzunehmen ist, daß sich mit dem Übergang zur Netto-Umsatzsteuer Anfang nächsten Jahres verschiedentlich eine Entlastung der deutschen Ausfuhren ergeben wird. Im folgenden wird von

Der Außenhandel der Bundesrepublik und Großbritanniens nach Ländern und Ländergruppen  
Anteile in vH

	Bundesrepublik		Großbritannien	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
Abwertungsländer:				
Großbritannien . . . . .	3,9	4,3	—	—
Dänemark . . . . .	2,9	1,9	2,6	3,5
Spanien . . . . .	2,4	1,1	2,2	1,3
Irland . . . . .	0,3	0,2	3,6	3,1
Hongkong . . . . .	0,3	0,6	1,3	1,4
Israel . . . . .	0,3	0,3	1,0	0,4
Neuseeland . . . . .	0,1	0,2	2,4	3,1
Übrige . . . . .	0,2	0,3	1,2	1,2
Zusammen . . . . .	10,4	8,9	14,3	14,0
Bundesrepublik . . . . .	—	—	5,5	5,1
Frankreich . . . . .	11,5	11,9	4,1	3,5
Italien . . . . .	7,0	9,2	2,8	2,8
Niederlande . . . . .	9,9	9,4	3,9	4,9
Belgien-Luxemburg . . . . .	8,0	7,7	3,6	2,2
EWG . . . . .	36,4	38,2	19,9	18,5
Schweden . . . . .	4,4	3,3	4,5	3,6
Schweiz . . . . .	6,1	3,1	2,1	1,7
Österreich . . . . .	5,2	2,3	0,8	0,5
Norwegen . . . . .	1,9	1,2	2,1	2,0
EFTA <sup>1)</sup> . . . . .	21,3	12,1	13,1	12,1
USA . . . . .	8,9	12,6	12,4	12,1
Kanada . . . . .	1,1	1,2	4,3	7,1
Japan . . . . .	1,1	1,4	1,3	1,3
Industrieländer <sup>2)</sup> . . . . .	71,9	69,5	50,0	50,3
Afrika . . . . .	4,0	7,9	11,2	11,9
Lateinamerika . . . . .	4,6	6,2	3,1	4,7
Asien . . . . .	6,3	6,1	12,3	11,4
Australien . . . . .	0,8	0,7	5,0	3,6
Insgesamt . . . . .	100,0	100,0	100,0	100,0

<sup>1)</sup> Ohne Großbritannien. — <sup>2)</sup> Ohne Portugal.

**Der Außenhandel der Bundesrepublik mit den Abwertungsländern nach Warengruppen**  
Anteile in vH

	Eisen und Stahl	NE-Metalle und Metallhalbzeug	Chemische Erzeugnisse	Maschinenbauerzeugnisse	Landfahrzeuge	Elektrotechn. Erzeugnisse	Feinmechan. u. opt. Erzeugnisse	EBM-Waren	Verbrauchsgüterindustrie	Nahrungs- und Genußmittel	Sonstige
<b>A u s f u h r</b>											
Struktur der Ausfuhr in die Abwertungsländer .	4,7	4,2	15,5	28,5	7,6	8,7	2,8	3,8	8,8	2,3	13,1
zum Vergleich: Struktur der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik	6,0	3,1	13,9	21,5	13,9	8,9	2,4	4,2	10,2	1,9	14,0
Anteil der Abwertungsländer an der Ausfuhr der BRD											
in den einzelnen Warengruppen . . . . .	8,1	13,8	11,6	13,7	5,6	10,1	12,0	9,4	9,0	12,1	9,6
an der Gesamtausfuhr der BRD . . . . .	0,5	0,4	1,6	2,9	0,8	0,9	0,3	0,4	0,9	0,2	1,3
<b>E i n f u h r</b>											
Struktur der Einfuhr aus den Abwertungsländern .	1,1	8,0	5,7	11,4	1,6	4,6	1,9	2,0	16,9	9,0	37,8
zum Vergleich: Struktur der Gesamteinfuhr der Bundesrepublik	4,0	7,2	6,3	6,3	3,2	3,4	0,9	1,4	13,3	9,1	44,9
Anteil der Abwertungsländer an der Einfuhr der BRD											
in den einzelnen Warengruppen . . . . .	2,3	9,6	7,9	16,0	4,5	11,8	18,7	12,2	11,0	8,7	7,4
an der Gesamteinfuhr der BRD . . . . .	0,1	0,7	0,5	1,0	0,1	0,4	0,2	0,2	1,5	0,8	3,3

der genannten relativen Verbesserung der britischen Wettbewerbsfähigkeit von 8 bis 9 vH und im Durchschnitt gleichen Relationen auch in den übrigen Abwertungsländern ausgegangen.

Bei einer Preiselastizität von 1 würde der deutsche Export in die Abwertungsländer im Ausmaß der Verteuerung der deutschen Erzeugnisse schrumpfen. Für Teilbereiche, wie etwa für die Ausfuhr bestimmter Verbrauchs- und kurzlebiger Gebrauchsgüter nach den stärker industrialisierten deutschen Handelspartnern unter den Abwertungsländern, ist zwar wahrscheinlich eine größere direkte Preiselastizität anzusetzen. Nicht zuletzt spricht aber der hohe Spezialisierungsgrad der deutschen Ausfuhr dafür, daß die DM-Ausfuhrerlöse der Bundesrepublik insgesamt weniger stark zurückgehen werden als der relativen Verteuerung der deutschen Waren auf diesen Märkten entspricht. Alternativrechnungen mit Preiselastizitäten für die deutsche Ausfuhr von 0,7 bis 1, die als obere Grenze der wahrscheinlichen Reaktion angesehen werden können, ergeben einen Toleranzbereich der Exporteinbußen von rund 0,6 bis 0,9 Mrd. DM.

Bei der Schätzung der mittelbaren Wirkungen auf die deutsche Ausfuhr wurde davon ausgegangen, daß die britische Exportindustrie durch die Pfundabwertung in die Lage kommt, relativ preisgünstig anzubieten. Eine Preiselastizität der britischen Ausfuhr in der Größenordnung von 1, die zwischen den in der Tabelle angegebenen Grenzwerten von 0,8 und 1,5 liegt, ist wahrscheinlich; doch setzt ihre Verwirklichung im kommenden Jahr gleichzeitig verstärkte britische Exportbemühungen voraus. Die so errechnete Mehrausfuhr Großbritanniens tritt als zusätzliches Angebot auf dem Weltmarkt auf; wird sie verwirklicht, müssen die anderen Exportländer Exporteinbußen hinnehmen, deren Größenordnung sich nach ihrem Welthandelsanteil und der Preiselastizität ihrer eigenen Ausfuhren bemißt.

Unter den getroffenen Annahmen sind die — aus den unmittelbaren und mittelbaren Wirkungen resultierenden — Exportverluste der Bundesrepublik im kommenden Jahr auf nominal 1,5 bis 2 Mrd. DM zu schätzen. Das bedeutet, daß die gesamte deutsche Warenausfuhr, deren Zunahme für 1968 auf rund 7 vH veranschlagt worden ist<sup>2</sup>, nur noch um etwa 5 vH zunehmen dürfte.

Bei der Schätzung der Auswirkungen auf die deutsche Einfuhr wurde angenommen, daß sich die Warenbezüge aus den Abwertungsländern durchschnittlich um maximal 8 bis 9 vH verbilligen. Indes ist nicht auszuschließen, daß auch Einfuhren aus dritten Ländern preisgünstiger werden. Wird ferner eine Preiselastizität von 0,5 bis 1 unterstellt, die die wahrscheinliche Steigerung des Einfuhrvolumens nach oben ausschöpfen dürfte, dann ergibt sich eine *mengenmäßige* Zunahme der Wareneinfuhr um maximal rund 0,6 Mrd. DM. Unter diesen Umständen dürfte die Wareneinfuhr, ausgehend von der ursprünglichen Schätzung, im kommenden Jahr real um etwa einen Punkt mehr, d.h. um 6 bis 7 vH und nominal — gerechnet in DM — nahezu unverändert um 6 bis 7 vH zunehmen.

Zusammenfassend ergibt sich, daß der Außenbeitrag der Bundesrepublik (i. S. der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) um rund 2 Mrd. DM zurückgehen wird. Trotz der Pfundabwertung wird daher auch 1968 ein hoher Exportüberschuß der Bundesrepublik erzielt werden. Er wurde ursprünglich auf etwa 17,5 Mrd. DM geschätzt; eine Verringerung auf rund 15,5 Mrd. DM ist nunmehr wahrscheinlich. Die abwertungsbedingten Produktionseinbußen (Verringerung des Ausfuhrwachstums und Zunahme des realen Einfuhranstiegs) um knapp 1 vH des Sozialprodukts verlangen von der deutschen Wirtschaftspolitik allerdings erhöhte Aufmerksamkeit und möglicherweise kompensierende Maßnahmen, um eine Drosselung des ohnehin unzureichenden Wachstumstempos zu verhindern.

<sup>2</sup> Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1968, Wochenbericht des DIW Nr. 45/46 vom 10. 11. 1967.